



13. März 2022

VRB Saarland fordert Ausbau der schulpsychologischen Unterstützung wegen Pandemie und Ukraine-Krieg

Der Verband Reale Bildung (VRB) fordert erneut einen Ausbau der schulpsychologischen Unterstützung und Versorgung der Schulen im Saarland. Die gehäuften und einschneidenden Ereignisse wie Pandemien und Kriegssituationen bedeuten für Kinder und Jugendliche eine enorme seelische Belastung. Sie entwickeln vor dem Hintergrund der jüngsten Kriegshandlungen Ängste, dazu benötigen sie Orientierung und Hilfe.

„Schulpsychologinnen und Schulpsychologen verfügen über die umfangreiche Expertise in Bereichen wie psychologischer Beratung, Konfliktbearbeitung und Krisenintervention“, erklärt Karen Claassen. „Wir brauchen einen Ausbau der Versorgung mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, wie wir das bereits gefordert hatten, eine Weiterentwicklung der außerschulischen Beratungsangebote und der Jugendhilfe.“ Gerade in Zeiten des Ukraine-Konflikts und der Flucht von tausenden Menschen in die Bundesrepublik stehen nun auch die Schulen vor neue und zusätzliche Herausforderungen.

„In die Kinder, die Schreckliches erlebt haben und tief in ihrem Inneren von den Erfahrungen der letzten Wochen und Monaten traumatisiert sind, hineinzuschauen, fällt sehr schwer. Lehrkräfte allein können die Aufgaben ohne professionelle Begleitung und Unterstützung nicht bewältigen“, so Claassen. Bisher wurden kaum neue Stellen geschaffen – und das unter den nun seit mehreren Jahren andauernden Bedingungen. Um Schulen wirklich zu helfen, braucht es darüber hinaus mehr Lehrkräfte, nun auch mit benötigten Fremdsprachenkenntnissen, Sprachförderlehrer sowie mehr Unterstützungsangebote von außen. Die Praktiker vor Ort wissen, was sie benötigen und haben das auch mehrfach gefordert, leider ohne große Resonanz. Wir brauchen keine Entscheidungsträger, die alle weiteren Aufgaben den Lehrkräften an Schulen zum Nulltarif aufbürden.

Wir brauchen dringend Kampagnen, Geld und neue Planstellen, um den Personalmangel – hauptsächlich an Grundschulen, Förderschulen und Gemeinschaftsschulen – aufzufangen. Lehrer und Betreuungspersonal kurzfristig zu finden muss priorisiert und die Wertschätzung für die Lehrkräfte muss spürbar verbessert werden. Längerfristig muss in Studium und Ausbildung fachlich und monetär investiert werden. Die Bildung unserer Kinder muss es der Politik wert sein!